

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

die diesjährigen Haushaltsberatungen stehen unter ganz besonderen Vorzeichen. Nie ist mir die Bestätigung des vom Kämmerer aufgestellten Entwurfs der Haushaltssatzung unserer Stadt für das Haushaltsjahr 2016 und die damit verbundene Fortentwicklung des HSK so schwer gefallen wie in diesem Jahr. Um hier nicht missverstanden zu werden, dies liegt keinesfalls daran, dass dieser Entwurf nicht seriös erarbeitet oder gar fehlerhaft ist. Ganz im Gegenteil, dieser sehr gründlich erarbeitete und solide Entwurf macht unmissverständlich klar, dass es ein „weiter so, wie bisher“ einfach nicht mehr geben kann.

Massive Verschlechterungen bei Einnahmen und Ausgaben, manche Fehleinschätzungen über Wirkungen aus dem HSK 2012, aber auch politische Entscheidungen gegen konkrete Umsetzungsschritte aus diesem ersten HSK verschlechtern die finanziellen Rahmenbedingungen. Aber auch weitere politische Festlegungen bezüglich unserer kommunalen Infrastruktur, beispielsweise der Kultureinrichtungen im Zusammenhang mit dem IHK Alt/Oberstadt und die bisher unwidersprochene Aussage keine Schließung von Einrichtungen zu verfolgen, schließen erhebliche weitere Einsparungen aus. Und dass wir angesichts der aktuellen Herausforderungen sicher nicht ernsthaft an betriebsbedingte Kündigungen denken, sondern im Gegenteil eher personelle Verstärkungen benötigen, haben die Diskussionen nicht nur der letzten Tage deutlich gemacht. Die Erkenntnis, dass ein Personalabbau, ohne gleichzeitigen Wegfall von Anforderungen und Aufgaben, nur begrenzt erfolgreich sein kann, hat sich bereits an vielen Stellen in den letzten Monaten gezeigt. Ob in der Jugendhilfe, bei der Verkehrsplanung, der Gebäudewirtschaft oder der Beteiligungsverwaltung, um nur einige Beispiele zu nennen. Überall wurden Kapazitätsgrenzen nicht nur temporär sondern dauerhaft überschritten. Welche Auswirkungen das beispielsweise auf den Krankenstand in manchen Fachdiensten hat, hat der Personaldezernent bereits in der Hauptausschuss Sitzung im November deutlich gemacht. Teilweise hat die Politik bereits reagiert, teilweise haben wir als Verwaltung versucht mit Mehrarbeit, Überstunden, befristeten Beschäftigungen und anderen Maßnahmen zumindest die schlimmsten Folgen abzuwenden.

Trotz der beschriebenen schwierigen Situation, die für den HSK Zeitraum bis 2022 von einem **zusätzlichen** Konsolidierungsvolumen von fast 17 Millionen Euro strukturellem Defizit gekennzeichnet ist, haben wir aus der Verwaltung noch einmal HSK Maßnahmen in Höhe von 1,6 Millionen Euro erarbeitet, die aber nur mit entsprechender politischer Unterstützung um- und durchgesetzt werden

können. Beispielhaft möchte ich dabei nur die vorgeschlagene Anschaffung eines 2. Radarwagens erwähnen, was ja allerdings in der

- 2 -

Vergangenheit nicht umzusetzen war. Aber auch die Reduzierung von zusätzlichen Betriebskostenzuschüssen an Kita-Träger oder Mieterhöhungen für Nutzer städtischer Gebäude und vergleichbare Vorschläge sind sicherlich Anlass für kontroverse Debatten und von daher noch nicht als realisierte Konsolidierungsbeiträge zu verbuchen.

Dabei wird aber ebenso deutlich, dass selbst bei Realisierung dieser vorgeschlagenen Maßnahmen noch ein Konsolidierungsvolumen von fast 15 Millionen Euro verbleibt.

Maßgebliche HSK Verschlechterungen sind der längere Wegfall der Dividende aus der Enervie Beteiligung, erhöhte Personalaufwendungen durch Tarifsteigerungen, erhöhte Pensionsrückstellungen und Beihilfen sowie Aufwendungen für Altersteilzeit, Mehraufwand nach dem Asylbewerber Leistungsgesetz, Mindererträge aus der Gewerbesteuer, Mindererträge aus der Vergnügungssteuer, Mindererträge bei den Konzessionsabgaben, Mehraufwendungen bei KIBIZ Kindpauschalen aber auch verstetigter, zusätzlicher Aufwand bei der Straßenunterhaltung, um endlich Schluss zu machen mit dem jährlichen Ritual der Kürzung und späteren Nachbewilligungen.

Diese Rahmenbedingungen sind nur zu einem kleinen Teil hausgemacht, wie der Abschied von bereits beschlossenen HSK Maßnahmen, obwohl diese gerade in ihrer Wirkung gegenüber Teilen der Verwaltung und vor allem gegenüber der Kommunalaufsicht sehr kontraproduktiv wirken.

Der übergroße Teil entzieht sich unserer unmittelbaren oder mittelbaren Steuerung. Auch wenn es unternehmensbedingte Fehlentwicklungen gegeben hat, so hat vor allem die abrupte Energiewende nicht nur die Enervie, sondern alle stark in der konventionellen Stromzeugung engagierten Unternehmen in schwere Bedrängnis gebracht. Auch Tarifentwicklungen oder erhöhte Pensionsrückstellungen können von uns kaum direkt beeinflusst werden ebenso wie gesetzgeberische Veränderungen z.B. bei der Vergnügungssteuer sich unserem direkten Einfluss entziehen, um nur einige Beispiele zu nennen.

Nicht zu Unrecht hat daher der deutsche Städtetag in seiner Dresdner Erklärung von 2015 u.a. festgestellt: "Maßgeblich muss dabei der politische Konsens zum Erhalt gleichwertiger Lebensverhältnisse sein. Bund und Länder müssen auf dieses Ziel ausgerichtete finanzielle Gestaltungsspielräume für alle Städte erhalten bzw. schaffen. Bund und Länder sind gefordert, jenseits von finanziell begrenzten

Konjunktur- und Unterstützungsprogrammen Verbesserungen für die drängensten Problembereiche der Kommunen zu finden“...und weiter heißt es zu

- 3 -

Recht...“Das Sondervermögen des Bundes für Investitionen in finanzschwachen Kommunen ist dazu ein guter Schritt, dem im Zuge der Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen weitere Maßnahmen folgen müssen...Nach einer entsprechenden Umfrage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie sind die kommunalen Investitionen in einem Umfang von 130 bis 150 Milliarden Euro in Rückstand geraten.“

Obwohl es oft die sogenannten freiwilligen Leistungen sind, die wesentliche Faktoren für Lebensqualität und Attraktivität einer Stadt ausmachen, stehen gerade diese Ausgaben im Visier der Konsolidierung und der Sparvorgaben.

Dabei fehlen uns doch ganz offensichtlich die notwendigen Investitionsmittel, es sei denn, es gelingt, durch geschickte Stadtentwicklungsprojekte wie bei der Denkfabrik oder dem IHK Alt/Oberstadt punktuell Fördermittel zu erlangen. Auf der anderen Seite steigen die Sozialleistungen ungebremst. Diese Ausgabendynamik belastet uns, vermittelt über die Umlagesysteme Kreis und Landschaftsverband überproportional, so dass hier endlich die von der Bundesregierung zugesagte dauerhafte Entlastung von 5 Milliarden Euro ohne wenn und aber unbefristet und unverzüglich kommen muss.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

angesichts dieser beschriebenen Rahmenbedingungen bleibt zunächst nur der Weg durch entsprechende massive Anhebung der Realsteuern, also der Grundsteuer B auf 755 % (bisher 470 %) und der Gewerbesteuer auf 490 % (bisher 460 %) die Einnahmeseite so zu stabilisieren, dass wir bei weitgehend unveränderten Rahmenbedingungen weiterhin den Konsolidierungskurs fahren können.

In einer weiteren Stufe ab 2018 sollen für mögliche weitere Risiken und Verschlechterungen, die sich aus Mehraufwendungen für das IHK Alt/Oberstadt und beispielsweise aus weiteren Defiziten aus Aufwendungen und Erstattungen im Zusammenhang mit der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen ergeben, im worst case die Grundsteuer auf 860 % und die Gewerbesteuer auf 510 % steigen.

Sollten sich die vorgeschlagenen Verbesserungen realisieren lassen und keine wesentlichen zusätzlichen Verschlechterungen eintreten, kann so das HSK verkürzt werden und ab 2020 wieder eine geordnete Haushaltswirtschaft erfolgen.

- 4 -

Um hier nachhaltige Haushaltspolitik zu betreiben wird, nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen bei der Umsetzung des bisherigen HSK, empfohlen, die Steuersätze ab 2018 auf der Basis des worst case bereits jetzt mit zu beschließen und mögliche Verbesserungen entweder für eine frühere Beendigung des HSK z.B. im Jahre 2020 oder für eine entsprechende Anpassung der Steuersätze zu nutzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

diese Vorschläge sind keinesfalls leichtfertig oder ohne Bedenken vorgelegt worden, denn sie haben Konsequenzen für alle betroffenen Lüdenscheider Bürgerinnen und Bürger. Ob als Hausbesitzer, als Mieterinnen und Mieter, aber auch als Gewerbetreibende werden diese vorgeschlagenen Maßnahmen sehr deutlich spürbar.

Da tröstet es auch wenig, dass wir sozusagen im allgemeinen kommunalen Trend liegen, und trotz dieser massiven Erhöhungen, keinesfalls an der Spitze der entsprechenden Steuersätze in NRW lägen. Es ist aber bei den gegenwärtigen Bedingungen und den realistischen Zukunftsaussichten ohne wesentliche, überzeugende Alternative, denn der dauerhafte Verzehr von Eigenkapital kann nicht ungebremst fortgesetzt werden, sonst landen wir in der Überschuldung und dauerhaften Nothaushalten. Dies wäre zum einen die komplette Bankrotterklärung kommunaler Politik, aber eben auch die Aufgabe jedweder kommunaler Selbstverwaltung und eigener, demokratischer Gestaltungsmöglichkeiten. Sehr lange, vielleicht zu lange, haben wir nach dem Prinzip Hoffnung gelebt, die zukünftige Entwicklung oder gar Einsicht und entsprechende Regelungen von Land und Bund würden es uns erlauben, ohne ernsthaft spürbare Einschnitte oder erhebliche Steuererhöhungen unsere komplette Infrastruktur mit der Vielzahl von Angeboten und Einrichtungen aufrecht erhalten zu können. Oder, wie die kürzlich geführte Fachdiskussion um die Erneuerung der Dauerausstellung im Museum gezeigt hat, sogar noch weiter modernisieren und ausbauen zu können.

Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

ohne Härten wird dies eben solange nicht möglich sein, bis der Gesetzgeber endlich dieser unheilvollen Entwicklung Einhalt gebietet.

- 5 -

Der Bund sollte seinen Verpflichtungen aus dem Konnexitätsprinzip endlich nachkommen, indem er als erste Etappe die volle zugesagte Entlastung der Kommunen um 5 Milliarden Euro vollständig und unbefristet umsetzt und dann in der ohnehin anstehenden Reform des föderalen Finanzausgleiches endlich die Kommunen in die Lage versetzt, ihre Aufgaben der Daseinsvorsorge überzeugend erfüllen zu können.

Im Rahmen sinnvoller Reformperspektiven kommt neben der generellen Stärkung der Einnahmeseite (Stichworte wie Spitzensteuersatz, Abschaffung der unsozialen Abgeltungssteuer, Wiederherstellung der progressiven Besteuerung, wirksamere Bekämpfung von Mehrwertsteuermanipulation und Steuerbetrug sowie Bekämpfung des systematischen innereuropäischen Steuervermeidungswettlaufs oder Umsetzung der längst überfälligen Finanztransaktionssteuer) einer stärkeren Vertikalisierung der Bund-Länder Finanzbeziehungen besondere Bedeutung zu. Nicht nach Himmelsrichtung, sondern nach Erfordernissen sollen und müssen besondere Schwerpunkte der Finanzförderung gesetzt werden. Es muss nun wirklich Schluss damit sein, dass von unseren Transfermillionen Festgeldkonten in manchen Städten im Osten gespeist werden.

Auch wenn die Handlungsmöglichkeiten des Landes im finanzpolitischen Bereich zweifellos geringer sind als die des Bundes und ich durchaus zugestehe, dass hier schon einige Versäumnisse aus der Rüttgers Ära korrigiert wurden, möchte ich deutlich machen, dass gerade in vielen Bereichen, die uns unmittelbar betreffen, Verbesserungen dringend erforderlich sind. Ob es die bisher wenig überzeugende Umsetzung der Inklusion in unseren Schulen ist oder die halberzogene 70 % Lösung bei der Finanzierung der Schulsozialarbeit mit erneuter zeitlicher Befristung ist oder auch der zögerliche Landesstrassenbau. Auch hier müssen wir ebenso auf nachhaltige Verbesserungen drängen wie bei der Finanzierung der Kosten für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen und vor allem für die nachhaltigen Integrationskosten. Auch wenn es uneingeschränkt zu begrüßen ist, dass die 74 Millionen Euro Bundesmittel aus dem Wegfall des unsinnigen Betreuungsgeldes vollständig für Maßnahmen zur Verbesserung der frühkindlichen Betreuung eingesetzt werden sollen, kann das nicht darüber hinweg täuschen, dass es vor allem bei den KiBiz Pauschalen dringend Verbesserungen geben muss. Das gleiche gilt für die jährliche Dynamisierung der Beträge für die OGS.

Es ist schon bemerkenswert, wie stark Bundes- und Landespolitiker ihre Sympathien für die Tarifforderungen bei den Erzieher- und Sozialberufen

geäußert haben und wie wenig sie dafür tun, dass wir Kommunen, die das am Ende zu bezahlen haben, dann nicht im Regen stehen.

- 6 -

Stadt und Stadtentwicklung waren und sind immer dynamische Prozesse. Gesellschaft und insbesondere Stadtgesellschaft, gerade auch bei uns in Lüdenscheid, unterliegen einem steten Wandel. Nach der Denkfabrik meinten wir gemeinsam, mit unserem IHK Alt/Oberstadt die richtige Weichenstellung zur Abrundung unserer Innenstadtmodernisierung vorgenommen zu haben. Allein die weltpolitischen Entwicklungen, die Entscheidungen der Bundesregierung mit Frau Merkel an der Spitze in Fragen der Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs- und Europapolitik, verbunden mit dem Fehlen eines an nationalen Interessen orientierten modernen Einwanderungsrechts, haben eine massive Veränderung der Anforderungen auch an unsere Stadtentwicklungspolitik mit sich gebracht. Statt beispielsweise durch wirklich wirksame Entwicklungszusammenarbeit mit fairen Handelsbeziehungen allen Menschen, gerade in weniger entwickelten Staaten Bleibeperspektiven zu geben, wird durch den ungezügelteren Freihandel verbunden mit Waffenexporten das Gegenteil erreicht .

Statt das UNHCR zumindest mit so viel Mitteln auszustatten, dass den irakischen und insbesondere den syrischen Kriegsflüchtlingen ein menschenwürdiges Leben in den Flüchtlingslagern im Libanon, in der Türkei und in Jordanien ermöglicht werden kann, hat man zugesehen, wie dort die ohnehin überschaubaren Essensrationen mangels finanzieller Unterstützung halbiert werden mussten.

Auch die Erkenntnis, dass man den syrischen Bürgerkrieg offensichtlich nicht nach den gescheiterten Politikmustern wie im Irak oder in Libyen beenden kann, greift erst spät, ich hoffe nicht zu spät, Platz.

Als Konsequenz aus diesen eindeutig in die Bundeskompetenz fallenden Fehlentwicklungen, gepaart mit fehlenden Absprachen und solidarischen Lösungen von Flüchtlingsfragen und Bewegungen in der europäischen Union, übrigens ebenfalls nicht kommunal, sondern bundespolitisch zu verantworten, erleben wir, dass viele Menschen nur noch in der Flucht in unser Land eine vertretbare Lebensperspektive sehen. Und zwar nicht irgendwie, abstrakt, nein sondern ganz konkret bei uns in Lüdenscheid. Voraussichtlich über 1000 in diesem Jahr und voraussichtlich vergleichbare Zahlen im Folgejahr. Über weitere Perspektiven möchte ich an dieser Stelle nicht spekulieren.

Ich habe bis heute nicht verstanden, warum für die Bewältigung der Herausforderungen dieser Fluchtbewegungen unser individuelles, sehr verwaltungsaufwändiges Asylrecht die Verfahrensgrundlage bilden muss.

- 7 -

Denn in der Genfer Flüchtlingskonvention werden Flüchtlinge beschrieben als Menschen, die vor drohender Verfolgung fliehen und unter den bestehenden Umständen nicht in ihr Heimatland zurückkehren können. Diese Konvention soll die Folgen für die betroffenen Menschen lindern, indem sie völkerrechtlichen Schutz und andere Unterstützung erhalten.

Ich habe bereits im September unsere beiden MdB schriftlich darauf hingewiesen und lediglich von Frau Crone eine Antwort erhalten, die mich allerdings nicht überzeugt hat.

Inzwischen scheint man sich die Bundesregierung eines Besseren zu besinnen, weil über entsprechende Kontingente zumindest ein geordnetes Verfahren und eine dringend erforderliche europäische Gesamtlösung dieser humanitären Herausforderung möglich sein könnte.

Angesichts solcher Herausforderungen, die sich ja nicht auf der abstrakten Bundesebene realisieren, sondern hier bei uns vor Ort, verschieben sich natürlich Perspektiven und auch Schwerpunkte von Stadtentwicklung.

Neben der Erstunterbringung, gelegentlich in Amtshilfe für das Land NRW oder auch durch Mietverträge mit dem Land NRW, wie am Standort ASS, die z.Zt. oft lediglich aus Maßnahmen zur Verhinderung von Obdachlosigkeit besteht, muss es im nächsten Schritt um die Errichtung von Containersiedlungen und Unterkünften in Schnellbauweise z.B. an den Standorten der ehemaligen Sportanlagen Höh und Schöneck gehen. Darüber hinaus muss die Vermittlung in regulären Wohnraum forciert werden und sozialer Wohnungsbau für alle Berechtigten in einer wieder wachsenden Stadt organisiert werden.

Die Organisationsstruktur für diese Herausforderung, die sich in ihrer ganzen Dimension ja erst im 2. Halbjahr dieses Jahres abgezeichnet hat, steht inzwischen; die notwendigen Personalverstärkungen sind auf dem Weg. Dank all denen, die das mit der schnellen Entscheidung im Hauptausschuss ermöglicht haben.

Ich danke ihnen, meine Damen und Herren des Rates für die weitgehende Unterstützung und das Verständnis, dass manches nicht im üblichen Beratungs- und Entscheidungsrythmus und Modus erfolgen kann.

Danke an dieser Stelle, an die vielen engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meiner Verwaltung für den tollen Einsatz und die Bereitschaft, viel über den

normalen Arbeitseinsatz hinausgehendes geleistet zu haben. Dank an die JUH und andere Hilfsorganisationen, die Kirchen, viele Verbände, Vereine und Initiativen, ganz besonders an die zahlreichen Freiwilligen, die tolle Solidarität vieler, insbesondere der Lüdenscheider Flüchtlingshilfe.

- 8 -

Hier wird oft die individuelle Hilfe geleistet, die wir von Seiten der Verwaltung gar nicht leisten können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

Eine weitere hohe Zuwanderung wird nur zu bewältigen sein in einer großen gesamtstaatlichen Anstrengung und bei ausreichender Mittelausstattung für uns Kommunen.

Die weitere Zuwanderung muss erheblich wirksamer gesteuert und reduziert werden. Die Asylpakete 1 und 2 enthalten richtige und bedeutsame Schritte auf der Bundesebene:

Schnellere Asylverfahren, mehr Plätze in Erstaufnahmeeinrichtungen und effektivere Rückführung von Menschen ohne Bleibeperspektive. Hier müssen schnell Fortschritte erzielt werden, damit wir uns ganz auf die Menschen konzentrieren können, die Schutz brauchen und hier bleiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

die wichtigste Aufgabe, über die Bewältigung der aktuellen Probleme hinaus, aber ist die Zukunftsaufgabe der Integration. Wegen der stark wachsenden Aufgaben und aufgrund von notwendigen z.T. krankheitsbedingten personellen Veränderungen, ist es deshalb sinnvoll, die entsprechende Steuerungsstelle Integration im FB 3 anzusiedeln und umgehend zu besetzen. So muss nicht nur unser bisheriges Integrationskonzept, das ja auf der Grundlage von ganz anderen Parametern erstellt worden ist, zeitgemäß weiterentwickelt werden, sondern die Koordination vieler erforderlicher Schritte mit wirksamer Netzwerkarbeit umgesetzt werden.

Auch wenn eine seriöse Planung dadurch erschwert wird, dass wir über keine verlässliche Zahlen verfügen, die neuesten Schätzungen sprechen von einem derzeitigen Stand von über 900000 Flüchtlingen in Deutschland in diesem Jahr, müssen wir solche Schätzungen zunächst für die nächste Zeit fortschreiben.

Dies führt in den verschiedensten Handlungsfeldern städtischer Politik zu neuen Parametern.

Da ist zunächst der Bereich Wohnen/Unterkünfte: Die entsprechende Gruppe aus der Koordinierungsgruppe Flüchtlinge und Asylbewerber hat die Aufgabe, neben den Erstmaßnahmen zur Vermeidung von Obdachlosigkeit, auch die Vermittlung in regulären vorhandenen Mietwohnungsbestand auch die notwendigen Schritte zur Entwicklung neuen Wohnraums vorzubereiten.

- 9 -

Das geht von der Überarbeitung des FNP und damit die Suche nach geeigneten Flächen bis zur Suche nach interessierten und geeigneten Investoren. Die möglichst breite Verteilung auf das ganze Stadtgebiet muss dabei planerisch ebenso berücksichtigt werden wie die notwendigen wirtschaftlichen Aspekte.

In unsere bisherigen Überlegungen zum Ausbau und der Weiterentwicklung von KiTas und Schulen müssen diese Aspekte eingearbeitet und daraus die entsprechenden Änderungen und Handlungsschritte erarbeitet werden. Nicht zuletzt war diese Fragestellung eine der wichtigsten Auswahlkriterien bei der Neubesetzung der Stelle der Fachbereichsleitung des Fachbereichs 5.

Auch die Einrichtung und Umsetzung von Übergangslösungen, bis die Regeleinrichtungen auf dem notwendigen Stand sind, sollte dabei Berücksichtigung finden. Hier verfügen wir mit Angeboten wie der Einschulungshilfe für Kinder im unmittelbaren Vorschulalter oder mit den sogenannten „internationalen bzw. Seiteneinsteiger Klassen“ durchaus über einschlägige Erfahrungen.

Gerade aber in diesem Feld ist es unerlässlich, dass das Land NRW als Partner beim KIBIZ und als Träger der inneren Schulangelegenheiten die dafür erforderlichen Ressourcen im ausreichenden Maße zur Verfügung stellt. Hier muss geklotzt und nicht gekleckert werden. **Denn Bildung ist und bleibt der entscheidende Schlüssel zur Integration.**

Dazu bemerkt der Städtetag völlig zu Recht: „Wir brauchen ein stärkeres Angebot an Sprach- und Integrationskursen, die stärkere Förderung von Kindern und Jugendlichen in Tagesbetreuung und Schulen, gezielte Angebote zum Nachholen von Ausbildungsabschlüssen und Angebote der Weiterbildung“.

Zu dieser Bildung gehört als entscheidende Grundlage die **Sprachvermittlung**, wobei wir hier mit unserer VHS und den neuen, zusätzlichen Möglichkeiten der Finanzierung von Kursen über das BAMF und die Sprachkurse der Agentur für Arbeit, aber auch anderer Träger, ein gute Infrastruktur haben, die aktuell ausgebaut werden muss.

Dabei geht es auch um eine enge Verbindung von professionellen und ehrenamtlichen Angeboten, die es glücklicherweise bereits in vielfältiger Weise gibt.

- 10 -

Die intensive sozialarbeiterische Begleitung dieser Integrationsprozesse ist sowohl in dieser ersten Phase mit den Notquartieren, insbesondere aber auch bei den folgenden Integrationsschritten erforderlich - daher auch die entsprechenden personellen Mehrbedarfe in diesem Bereich.

Damit Integration dauerhaft gelingen kann, muss die Eingliederung in den Arbeitsmarkt auf der Grundlage der verbesserten Möglichkeiten von Jobcenter und Agentur für Arbeit zügig in Angriff genommen werden. Allerdings setzt dies auch den Willen gerade auch der Arbeitgeber voraus, diesen Menschen auch Chancen in ihren Betrieben zu geben und ihre Ausbildungskapazitäten nachhaltig zu erhöhen.

Auch hier ist die folgende Aussage des Städtetages noch einmal zu unterstreichen: „Notwendig sind außerdem Maßnahmen zur Integration von Bürgerkriegsflüchtlingen und politisch Verfolgten in den Arbeitsmarkt....In der Regel sollten Integrationsangebote verpflichtend ausgestaltet werden.....Gleichzeitig müssen wir vermitteln, was wir erwarten: die Anerkennung von Werten und Regeln unserer Gesellschaft und die Einhaltung unserer Gesetze. Integration ist Fördern und Fordern zugleich.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

für diese große Aufgabe benötigen wir erhebliche zusätzliche Unterstützung von Bund und Land. Nicht im zähen Kleinklein um die Mittelverteilung dürfen wir uns verlieren, sondern im Ringen um die beste Lösung dieser nationalen Herausforderung.

Denn nur wenn diese Rahmenbedingungen stimmen und die tolle Bereitschaft vieler ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer so nachhaltig und wirksam unterstützt wird, dann „schaffen wir das“ (um ein inzwischen geflügeltes Wort aufzunehmen) . Die Reaktion gerade auch eines großen hochmotivierten Teiles unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Stadtverwaltung macht mir Mut. Dafür bin ich persönlich auch sehr dankbar. Hier wurde und wird hervorragendes geleistet.

Wir verfügen in Lüdenscheid über eine sehr alte und durchweg positive Zuwanderungserfahrung. Lassen sie uns diese Erfahrung nutzen, um aus dieser Entwicklung im Sinne einer offenen, zukunftsgerichteten Stadtgestaltung gemeinsam eine Erfolgsgeschichte zu machen. Hier können wir dem allgemeinen demografischen Abwärtstrend entgegenwirken und gemeinsam neue Perspektiven entwickeln. **Das bedeutet demokratischen und offenen Diskurs, der auch die Bedenken und Ängste aufnimmt und ebenso berücksichtigt, wie das Einfordern der materiellen Voraussetzungen von Bund und Land.**

- 11 -

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

zum Schluss und keinesfalls als Pflichtübung miss zu verstehen, geht mein Dank an die an der Haushaltsplanaufstellung beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Besonderer Dank an Herrn Haarhaus und sein Team.

Ganz besonderer Dank gilt meinem 1.BG und Stadtkämmerer Dr. K. H. Blasweiler, der neben der schwierigen Haushaltssanierung auch noch in sehr arbeits- und zeitintensiver Weise den Sanierungsprozess der Enervie begleitet und dabei gerade auch bei der Bewältigung der aktuellen Herausforderungen im Bereich der Aufnahme von Flüchtlingen eine sehr konstruktive und aktive Rolle spielt. Dir, lieber Karl Heinz dafür auch noch einmal ein ganz persönlicher Dank.

Lassen Sie uns gemeinsam diese sicherlich schwierigsten Haushaltsplanberatungen der letzten Jahre zu konstruktivem Dialog und zum Ringen um die besten Lösungen im Sinne unserer gemeinsamen Verantwortung für unsere Stadt Lüdenscheid nutzen.

Ich bin fest davon überzeugt, es lohnt sich..

Vielen Dank für ihre Geduld und Aufmerksamkeit.